

Die Erwartungen von Fachleuten und Öffentlichkeit an die Arbeitslosenstatistik lassen sich leicht formulieren. Die Zahl der Arbeitslosen sollte offen legen, wie viele Menschen tatsächlich ein Beschäftigungsproblem haben. Dies ist aber leichter gesagt als getan, denn die Realität ist komplex, die Messung schwierig, und die Daten sind ein Politikum.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland wird auf zweierlei Weise bestimmt. Zum einen gibt es im Sozialgesetzbuch SGB III eine gesetzliche Definition für die Zahlen der Bundesagentur. Danach ist arbeitslos, wer keine Beschäftigung über 14 Wochenstunden hat, sich um eine Arbeit bemüht und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Zum anderen publiziert das Statistische Bundesamt Erwerbslosenzahlen, die auch für internationale Vergleiche herangezogen werden. Hierbei handelt es sich anders als bei den Zahlen der Bundesagentur für Arbeit nicht um eine Zählung, sondern die Daten werden aus einer Bevölkerungsstichprobe gewonnen. Als erwerbslos gelten darin jedoch nur Personen, die in keiner Weise erwerbstätig sind. Dazu kommen allerdings Personen, die im Berichtszeitraum eine Arbeit gesucht haben – unabhängig von einer Meldung bei der Agentur. Trotz unterschiedlicher Definitionen lagen Arbeitslosenquote (April 2008: 8,1%) und Erwerbslosenquote (April 2008: 7,9%) zuletzt eng beieinander. Der Vergleich macht bereits deutlich, dass man über die „richtige Definition“ und damit über die „richtige Zahl“ streiten kann.

Dies soll im Folgenden verdeutlicht werden. Durch Hartz IV wurde zum 1.1.2005 versteckte Arbeitslosigkeit offen gelegt. Seitdem werden vormals nicht erfasste Sozialhilfeempfänger als Arbeitslose gezählt. Arbeitslose ALG-II-Empfänger müssen jedoch erwerbsfähig sein. Das SGB II fordert, dass



Ulrich Walwei

### Arbeitslosenstatistik: Was wollen wir und was messen wir?

Hilfebedürftige unter den üblichen Arbeitsmarktbedingungen mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig sein können. Diese weitgehende Definition erklärt, warum in anderen Ländern der Anteil der Erwerbsunfähigen an der gesamten Erwerbsbevölkerung merklich höher ausfällt als hierzulande. Obwohl Teilpotenziale immer schwer zu beurteilen sein dürften, beugt die Regelung damit einer Verschleierung der Arbeitsmarktprobleme vor. Dies gilt jedoch nicht gleichermaßen für die Erfassung älterer Arbeitsloser. Schon die „58er Regelung“ sorgte dafür, dass ältere Arbeitnehmer, die erklärten, zum nächstmöglichen Zeitpunkt Altersruhegeld in Anspruch zu nehmen, nicht mehr der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen mussten. Gerade verabschiedete der Bundestag quasi eine Nachfolgeregelung, die ältere Arbeitnehmer dann aus der Statistik nimmt, wenn sie länger als ein Jahr kein Vermittlungsangebot erhalten haben.

Eine offene Flanke der offiziellen Arbeitslosenstatistik ist die sogenannte „Stille Reserve“. So senken arbeitsmarktpolitische Maßnahmen die Arbeitslosigkeit, selbst wenn sie zunächst nicht mit einer Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt

verbunden sind. Beispiele hierfür sind die Förderung der beruflichen Weiterbildung, Trainingsmaßnahmen oder auch die Ein-Euro-Jobs. Auch Berufseinsteiger und -rückkehrer (ohne Leistungsanspruch) werden – so sie sich nicht arbeitssuchend melden – genauso wenig in der Statistik erfasst wie Personen, die sich nach vergeblicher Suche vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben. Ein anderer Grenzfall sind erwerbstätige Personen, die zusätzlich Arbeitslosengeld und Grundsicherung beziehen. Während bei arbeitslosen Teilzeitbeschäftigten so etwas wie eine „Teil-arbeitslosigkeit“ vorliegt, fehlt es vollzeitbeschäftigten Aufstockern an einer Existenz sichernden Beschäftigung.

Vieles spricht somit dafür, dass die Arbeitslosenstatistiken nicht das wahre Beschäftigungsproblem abbilden. So schätzt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) die erweiterte Arbeitslosigkeit für das Jahr 2007 auf etwa 5,1 Mio., wenn neben den registrierten Arbeitslosen, die Stille Reserve sowie öffentliche Beschäftigungsangebote berücksichtigt werden. Diese Angaben dürfen natürlich nicht mit einem Arbeitsplatzdefizit gleichgesetzt werden, denn ein nennenswerter Teil der Arbeitslosigkeit ist von kurzer Dauer. Viele finden deshalb schnell wieder einen Arbeitsplatz, weil es zu jedem Zeitpunkt offene Stellen gibt. Im vierten Quartal 2007 waren dies nach der IAB-Erhebung gut 1,2 Mio. Unabhängig davon sind trotz des jüngsten Arbeitsmarktaufschwungs die Beschäftigungsprobleme nach wie vor groß. Während dies für bestimmte Regionen in Ostdeutschland stärker zutrifft, bewegen sich süddeutsche Regionen in Richtung Vollbeschäftigung.

*Ulrich Walwei ist stellvertretender Direktor am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)  
Ulrich.Walwei@iab.de*